

Resolution der Regionalkonferenz West

**Signal für Menschenrechte - Bundesregierung soll sofortiges
Aufnahmeprogramm für schutzbedürftige Geflüchtete aus Griechenland
starten!**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

in den ursprünglich als Hotspots zur Durchführung von Asylverfahren geplanten Aufnahmelagern der ostägäischen Inseln befinden sich nach Angaben der Regierung Griechenlands rund 42.000 Geflüchtete, davon etwa die Hälfte Minderjährige. Die Camps sind hoffnungslos überbelegt. Viele schwer traumatisierte Kinder leben ungeschützt unter aufgeweichten Zeltplanen. Es gibt nicht genug zu essen, die Strom- und Wasserversorgung funktioniert kaum.

Deutschland darf nicht darauf warten, dass sich alle 27 EU-Mitgliedsstaaten auf ein einheitliches Vorgehen einigen. Wir müssen jetzt ein Signal für die Einhaltung der Menschenrechte setzen! In einem ersten Schritt sollen unverzüglich 5.000 besonders schutzbedürftige Geflüchtete, darunter insbesondere unbegleitete Minderjährige und Frauen mit Babys und Kleinkindern, aufgenommen werden. Gerade unbegleitete Minderjährige sind nur unzureichend vor Gewalt und Missbrauch geschützt.

Diese Haltung würde in vielen deutschen Städten und Kommunen, in denen Menschen bereit sind, Geflüchtete aufzunehmen und zu betreuen, als überfälliges humanitäres Signal verstanden!

Wir fordern angesichts der katastrophalen Situation der Geflüchteten in Griechenland und an den Landgrenzen zur Türkei von der Bundesregierung:

- Start eines sofortigen humanitären Aufnahmeprogramms
- Einhaltung der Menschenrechte
- Aufnahme von zunächst 5.000 besonders schutzbedürftigen Geflüchteten
- Erlaubnis für Städte, auf freiwilliger Basis Kinder und besonders Schutzbedürftige aufzunehmen.

Köln, 7. März 2020